

Antragsbuch

Außerordentliche Mitgliederversammlung 2024



JUSOS MÜNSTER

Inhaltsverzeichnis

A1 Solidarität im Einkaufskorb: Für ein deutsches Gewerkschaftslabel	1
A2 Humanitäres Sondervermögen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).....	3
A3 Die Bahn als Rückgrat der Mobilität? Wo denn?.....	7
A4 Gegen die Sprachlosigkeit: Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben schützen, Leid anerkennen und Räume des Austauschs schaffen.....	10
A5 Für die Erhöhung des Taschengeldes für Kinder und Jugendliche in Kinderheimen und ähnlichen Anstalten	14
A6 Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend	16
A7 Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!.....	21



1 **A1 Solidarität im Einkaufskorb: Für ein deutsches** 2 **Gewerkschaftslabel**

3 **Antragssteller: Gunar Gern**

4 Nicht erst in den letzten Jahren lässt sich weltweit eine wachsende Besorgnis über
5 Arbeitsbedingungen und faire Löhne beobachten. In Deutschland, wo die angebliche soziale
6 Marktwirtschaft ein Kernbestandteil unserer Gesellschaft sein soll, müssen wir sicherstellen,
7 dass die Rechte der Arbeitnehmer*innen geschützt und gefördert werden. Ein
8 Gewerkschaftslabel kann dabei eine entscheidende Rolle spielen. Es zeigt, dass Produkte und
9 Dienstleistungen unter fairen und sicheren Arbeitsbedingungen hergestellt wurden. Diese
10 Transparenz ermöglicht es den Verbraucher*innen, bewusst Entscheidungen zu treffen und
11 Unternehmen zu unterstützen, die sich für faire Arbeitspraktiken einsetzen.

12 Ein Blick in die Geschichte der USA zeigt, wie wirkungsvoll ein Gewerkschaftslabel sein kann.
13 Bereits im Jahr 1880 führte die Cigar Makers' International Union das erste Union Label ein,
14 um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Arbeiter*innen
15 vorzugehen. Dieses Label war ein Symbol des Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen und
16 fairere Löhne. Es ermöglichte den Verbraucher*innen, Produkte zu identifizieren, die unter
17 gewerkschaftlich organisierten und somit fairen Bedingungen hergestellt wurden. Die
18 Einführung des Union Labels in den USA führte zu einer stärkeren Solidarität unter den
19 Arbeitnehmer*innen und einer erhöhten Sichtbarkeit der Gewerkschaften.

20 Ein Gewerkschaftslabel ist ein Symbol oder eine Marke, die anzeigt, dass ein Produkt oder
21 eine Dienstleistung von Arbeitnehmer*innen hergestellt oder erbracht wurde, die Mitglied einer
22 Gewerkschaft sind. Es signalisiert den Verbraucher*innen, dass das Produkt unter fairen und
23 sicheren Arbeitsbedingungen produziert wurde. Durch die Einführung eines
24 Gewerkschaftslabels können wir die Sichtbarkeit und Relevanz von Gewerkschaften erhöhen
25 und wieder stärken. Verbraucher*innen, die bewusst Produkte mit diesem Label kaufen,
26 unterstützen die Arbeit der Gewerkschaften direkt. Es fördert verantwortungsbewusste
27 Kaufentscheidungen und stärkt das Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit. Unternehmen
28 werden motiviert, sich stärker für faire Arbeitsbedingungen und die Zusammenarbeit mit
29 Gewerkschaften einzusetzen zu müssen, um das Gewerkschaftslabel zu erhalten. Ein
30 Gewerkschaftslabel unterstützt das Modell der sozialen Marktwirtschaft, in dem
31 wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen sollten. Gemeinsam mit
32 Gewerkschaften, Arbeitsrechtsexpert*innen und anderen relevanten Akteur*innen sollen klare
33 Kriterien für die Vergabe des Labels entwickelt werden. Diese müssen regelmäßigen
34 Überprüfungen und Aktualisierungen unterliegen. Eine umfassende Informationskampagne



35 soll die Bekanntheit und Akzeptanz des Labels bei Verbraucher*innen und Unternehmen
36 fördern.

37 Um die Einführung eines Gewerkschaftslabels effektiv umzusetzen, schlagen wir folgende
38 Schritte vor: Der Antrag richtet sich an die SPD. Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass die
39 Einführung eines Gewerkschaftslabels auf die politische Agenda gesetzt wird. Die SPD soll in
40 enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften das Konzept des Gewerkschaftslabels
41 entwickeln und fördern. Gewerkschaften sind wesentliche Partner bei der Definition der
42 Kriterien und der Überwachung der Einhaltung. Langfristig soll das Gewerkschaftslabel
43 gesetzlich verankert werden. Dies könnte durch ein Gesetz zur Förderung fairer
44 Arbeitsbedingungen und zur Stärkung der Gewerkschaften geschehen. Das Gesetz sollte die
45 Rahmenbedingungen für die Vergabe des Labels festlegen und sicherstellen, dass die
46 Kriterien regelmäßig überprüft und aktualisiert werden.

47

48

49 **Wir fordern deshalb:**

- 50 • Die SPD soll sich aktiv für die Einführung eines bundesweit anerkannten
51 Gewerkschaftslabels einsetzen.
- 52 • Eine klare gesetzliche Verankerung des Gewerkschaftslabels, um faire
53 Arbeitsbedingungen und die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu schützen.
- 54 • Eine umfassende Informationskampagne zur Förderung der Bekanntheit und
55 Akzeptanz des Gewerkschaftslabels bei Verbraucher*innen und Unternehmen.



56 **A2 Humanitäres Sondervermögen für das Bundesministerium für** 57 **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

58 **Antragssteller*innen:** Francisco Padilla

59 Angesichts der Kürzungen an Mitteln für das BMZ im von der Regierung beschlossenen
60 Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025, die mögliche Neuverhandlungen des Haushaltsentwurfs
61 aufgrund eine verfassungswidriger umwidmung von KfW-Mitteln, sowie die humanitären,
62 wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen dieser Entscheidung für Deutschland und die
63 Welt, wird die Gründung eines sog. *humanitären Sondervermögens* für das BMZ gefordert.

64

65 **Grundzüge**

66 Die Antragssteller*innen berufen sich auf den Jusos-Grundwert des Internationalismus. Das
67 bedeutet, dass die Solidarität der Jusos über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschlands
68 hinausgeht. Dazu gehört das Verantwortungsbewusstsein und das Engagement Deutschlands
69 in der Welt zu fördern, um soziale Ungleichheiten, die sowohl Auslöser, als auch Konsequenz
70 militärischer, humanitärer, sozialer und ökologischer Krisen sind, konsequent zu bekämpfen.

71 Ein weiterer Jusos-Grundwert worauf sich die Antragsteller*innen berufen ist der Feminismus.
72 Seit dem Beginn der *Ampel*-Regierung gilt die „feministische Entwicklungszusammenarbeit“
73 als zentrale Richtlinie für die deutsche Entwicklungspolitik. Dabei werden humanitäre und
74 entwicklungspolitische Vorhaben umgesetzt, die Gleichstellung fördern, sowie
75 diskriminierende und unterdrückende Strukturen, von denen Frauen und Mädchen betroffen
76 sind, bekämpfen.

77 Darüber hinaus sichert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die wirtschaftliche und
78 politische Stabilität der Bundesrepublik, Europas und der Welt. Die EZ hat positive
79 Auswirkungen auf verschiedene Politikfelder, sowohl in Deutschland als auch im Partnerland.

80 Im humanitären Bereich leistet die deutsche EZ einen enormen Beitrag, um Millionen
81 Menschen, die von Hungersnot oder Vertreibung bedroht oder betroffen sind,
82 lebensnotwendiger Unterstützung zu gewährleisten. Dadurch wird die Zuspitzung oder
83 Wiederaufnahme von inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten, sowie die zwangsweise
84 Vertreibung von Menschen nach Europa vermieden. Deutschland gilt im globalen Vergleich
85 zu den größten Geldgeber an humanitären Hilfswerken. Zurzeit sind weltweit laut der UN 362
86 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen: 18 Millionen im Sudan, 17 Millionen in
87 Afghanistan, 15,4 Millionen in der Ukraine und 2,8 Millionen in Nigeria. Zusätzlich hat sich, laut
88 dem UNHCR, von 2017 auf 2024 die weltweite Anzahl an gewaltsam vertriebenen Menschen



89 auf 13 Millionen verdreifacht. Vom Hungertod sind allein im Südsudan 5 Millionen Menschen
90 bedroht, darunter 4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Im Gazastreifen ist laut UN ca. jeder
91 Vierte vom Hungertod bedroht (eine halbe Million).

92 Im Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktzusammenarbeit wird durch die deutsche EZ
93 hochwertige berufliche und akademische Bildung in Partnerländern des BMZ gefördert. Das
94 schafft sowohl faire Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort, als auch gut
95 qualifizierte Fach- und Pflegekräfte, die in Deutschland dringend benötigt werden.
96 Beispielsweise braucht der Pflegebereich und das Bauwesen dringend Fachkräfte, um in
97 Deutschland jeweils bezahlbare Pflegedienstleistungen zu ermöglichen und mehr Wohnraum
98 zu schaffen. Durch die Stärkung der jeweiligen Bildungssysteme in den Partnerländern wird
99 ein *Brain-Drain-Effekt* vermieden: Zwar werden viele gut ausgebildete Fachkräfte nach
100 Deutschland auswandern, dabei werden aber die meisten vor Ort bleiben und das
101 Bildungswesen kann langfristig neue Fachkräfte ausbilden.

102 Das hat als weitere Auswirkung, dass sowohl die Wirtschaft im Partnerland, als auch die in
103 Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Außerdem wird durch die deutsche EZ, in Form von
104 nachhaltiger Verkehrs- (bspw. Radwege) und Energieinfrastruktur (grüner Wasserstoff) eine
105 nachhaltige Transformation der Wirtschaft in den Partnerländern und der deutschen
106 Lieferketten gefördert. Dadurch wird weltweit sowohl der Klimawandel bekämpft, als auch
107 wirtschaftlicher Wohlstand geschaffen.

108 Abschließend sichert die EZ Deutschland ein positives Ansehen und dadurch
109 außenpolitischen Einfluss in der internationalen Gemeinschaft. Dieser erlaubt es Deutschland
110 durch Diplomatie Länder, insbesondere des globalen Südens, für sicherheits- und
111 außenpolitische Vorhaben zu mobilisieren: von einer Abstimmung in der UN-
112 Generalversammlung bis hin zu Friedensgipfeln bezogen auf aktuelle Konflikte.

113

114 Vor diesem Hintergrund braucht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
115 und Entwicklung mehr Mittel als im Kabinett-Haushaltentwurf vorgesehen werden, um der
116 o.g. Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und der internationalen Gemeinschaft
117 durch Entwicklungszusammenarbeit nachzukommen.

118

119 **Konkrete Forderungen**

120 Laut dem am 05. Juli im Bundeskabinett beschlossenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2025,
121 erhält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 10,3



122 Milliarden Euro. Das ist 1 Milliarde weniger als der für dieses Jahr beschlossene Etat. Schon
123 seit 2022 wurden die Mittel für das BMZ konstant gekürzt.

124 Dadurch setzt Deutschland Millionen Menschen in Lebensgefahr und riskiert seine eigene und
125 die wirtschaftliche und politische Stabilität seiner Partnerländer. Dabei würden aufgrund
126 kultureller und wirtschaftlicher Strukturen vulnerable Gruppen, wie Frauen und Mädchen, von
127 den Kürzungen stärker betroffen werden. Zu Recht kritisieren Hilfswerke diese Maßnahme und
128 warnen vor den negativen Folgen dieser Entscheidung. Selbst zur Zeiten der Corona-
129 Pandemie, die die größte Wirtschaftskrise seit dem Börsenabsturz von 1929, lag der BMZ-Etat
130 bei über 12 Milliarden Euro.

131 Diese Kürzungen widersprechen auch dem Koalitionsvertrag der *Ampel*-Regierung in dem
132 folgendes steht (siehe S. 117): „Deutschland wird den Aufwuchs der Mittel für humanitäre Hilfe
133 bedarfsgerecht verstetigen und erhöhen, auch mit Blick auf die sogenannten 'vergessenen
134 Krisen'“. Zu letzteren Krisen gehören u.a. der Konflikt im Sudan.

135

136 Unsere Forderungen sind:

137 • Die SPD-Bundestagsfraktion soll gemeinsam mit dem BMZ folgende
138 Handlungsoptionen in Betracht ziehen und mindestens eine davon umsetzen:

139 a. im Rahmen der anstehenden Haushaltsdebatte, sowie angesichts höherer
140 Steuereinnahmen vom Bund im ersten Halbjahr im Vergleich zum gleichen
141 Zeitraum im Jahr davor, und der möglichen Neuverhandlung des
142 Haushaltsentwurfs aufgrund verfassungswidriger Umwidmung von KfW-Mitteln;
143 soll der entsprechende Entwurf überarbeitet werden, sodass Mittel
144 verfassungskonform umverteilt werden, damit das BMZ den Bedarf für die
145 Umsetzung der humanitären und entwicklungspolitischen Leistungen für 2025
146 decken kann; und/oder

147 b. einen Gesetzentwurf zur langfristigen Finanzierung der benötigten humanitären
148 und entwicklungspolitischen Leistungen unter dem Namen „Humanitäres
149 Sondervermögen“ erarbeiten und verabschieden. Dies soll eine Alternative zur
150 Lockerung der Schuldenbremse sein, um die jungen Generationen vor zu
151 hohen Schulden und Zinszahlungen zu schützen.

152 (Ähnlich wie mit dem Bundeswehrfinanzierungs- und sondervermögensgesetz
153 - BwFinSVermG)

154 • Dabei soll ein Fokus inhaltlich auf humanitäre Maßnahmen und Vorhaben der
155 internationalen Bildungs- und Arbeitsmarktzusammenarbeit, und organisatorisch auf
156 die Prüfung von Projektträgern in Konfliktzonen gelegt werden.



- 157
- 158
- 159
- 160
- 161
- 162
- Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit des BMZ, über unterschiedliche Projektträgern, mit Kammern, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen und Bildungseinrichtungen in der humanitären und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Deutschlands.
 - Ein weiterer Schwerpunkt dieser Forderung ist eine strengere Trägerprüfung, sodass bereitgestellte Mittel künftig in sicheren Händen landen und effizient eingesetzt werden.



163 **A3 Die Bahn als Rückgrat der Mobilität? Wo denn?**

164 **Antragssteller*innen: Marina Romić und Jan Martin Hopf**

165 „Die Bahn muss in ganz Deutschland zum Rückgrat der Mobilität werden“. So steht es im
166 Koalitionsvertrag der Ampelregierung. Doch wann kommt es endlich dazu?

167 Seit langem geht es der Bahn nicht gut. Ein Blick in die geplanten Maßnahmen im Bereich der
168 DB ermutigt jedoch auch nicht. Es scheint nur weiter rückwärtszugehen, ob bei den Preisen,
169 den Verbindungen oder auch den Arbeitsbedingungen.

170

171 **ÖPNV für alle? Leider nicht!**

172 Nach den Verhandlungen zum Bundeshaushalt für 2025 ist klar: Das Deutschlandticket wird
173 teurer. Das ist problematisch und muss verhindert werden. Bei Tickets für den ÖPNV muss es
174 preislich nach unten gehen, nicht nach oben.

175 Im Sommer 2022 wurde mit dem 9-Euro-Ticket bewiesen, dass kostengünstiger ÖPNV
176 durchaus möglich sein kann. Das Geld für eine Weiterführung fehlte aber und auch müsste
177 mehr investiert werden, um die Kapazitäten der Bahn zu erhöhen, um der gestiegenen
178 Nachfrage nachzukommen. Statt in den klimafreundlichen Verkehr mit hoher Nachfrage zu
179 vermehrt zu investieren, um das Testprojekt 9-Euro-Ticket auf Dauer zu etablieren, wurde mit
180 dem Deutschlandticket ein bundesweites ÖPNV-Ticket für 49 Euro eingeführt.

181 Im Vergleich zu früheren Ticketpreisen ist auch dies ein großer Schritt. So sind ca. 11,2
182 Millionen Menschen in Deutschland monatliche Nutzende des Tickets und insgesamt konnte
183 der ÖPNV einen Zuwachs von 8 Prozent verbuchen. Viele Menschen können die Mehrkosten
184 von 49 Euro im Monat jedoch nicht stemmen.

185 Für uns ist klar: Um den Zuwachs bei dem ÖPNV zu erhöhen, muss es, neben weitreichenden
186 Investitionen in die Sanierung der Bahn, zu einer Senkung des Preises für das
187 Deutschlandticket kommen.

188 Doch die Pläne im Verkehrsministerium sehen anders aus. Hier soll es nicht zu einer Senkung,
189 sondern zu einer Erhöhung des Ticketpreises kommen. Wie diese aussieht, ist bislang noch
190 unklar und soll auf einer Minister*innenkonferenz im Herbst festgelegt werden, die angepeilte
191 Richtung ist aber ganz klar eine falsche.



192 Statt der Weiterfinanzierung des 49-Euro-Tickets, mit circa einer Milliarde (geschätzt vom
193 VDV), will das FDP-geleitete Verkehrsministerium etwa weiter auf Dieselsubventionen mit
194 geschätzten acht Milliarden Euro jährlich setzen, oder das Dienstwagenprivileg stärker
195 unterstützen. Bei letzterem soll ein Auto mit Elektroantrieb statt wie bislang bis zu 70.000
196 Euro, bis zu 95.000 Euro kosten dürfen, um als Dienstwagen angeschafft werden zu können.
197 Luxusautos innerhalb des Dienstwagenprivilegs sind eine enorme Zweckentfremdung des
198 Konzeptes, die nun weiter gefördert wird. Im Gegensatz zu Firmenwagen lassen sich
199 Dienstwagen auch privat nutzen. Viele Kosten, die bei der Nutzung anfallen, lassen sich dann
200 vom Arbeitgeber finanzieren. Anschaffungskosten und Nutzungskosten werden dann vom
201 Staat subventioniert. Eine Erleichterung solcher Kosten kann bei Menschen mit geringem
202 Einkommen durchaus helfen; bei Luxusautos, die durch das Privileg starke
203 Steuererleichterungen erhalten, ist dies aber irrsinnig.

204 **„Wer soll das denn bezahlen?“**

205 Das Narrativ, dass nicht genug Geld da ist, wird meist mit der Schuldenbremse begründet, die
206 dafür sorgt, dass der Staat finanziell in seiner Handlung enorm eingeschränkt ist, was gerade
207 in Krisenzeiten dazu führt, dass nötige Investitionen in soziale Auffangnetze nicht möglich
208 scheinen. Mangelnde Investitionen führen hier zum weiteren Zerfall der gesamten
209 Infrastruktur. Die Schuldenbremse als Zukunftsbremse muss überwunden werden, um den
210 ÖPNV langfristig in den Vordergrund zu setzten.

211 Beim Thema Deutschlandticket ist das nötige Geld aber in zweierlei Hinsicht vorhanden. Nicht
212 nur durch die Aufnahme von Schulden, sondern selbst trotz Lindners konsequenter Sparpolitik
213 ist Geld da, für eine Finanzierung von kostengünstigem ÖPNV. Der Fokus liegt in der
214 Ampelregierung und insbesondere bei Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hier nur
215 scheinbar stärker auf fossilen Energien und Privilegien für Besserverdienende als auf
216 Klimafreundlichkeit und dem Wohl der Allgemeinheit.

217 **Abbau, statt Aufbau?**

218 Die Bahn ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und fährt enorme Verluste ein. Zudem
219 nutzen weniger Menschen als im Vorjahr das Angebot der Deutschen Bahn.

220 Dazu kommt, dass die Pünktlichkeit im Fernverkehr im ersten Halbjahr bei 62,7 Prozent lag.
221 Das ist eine erhebliche Verschlechterung im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023. Angepeilt
222 war eine Quote von 70 Prozent. Wegen der erhöhten Schienenmaut droht neben höheren
223 Ticketpreisen eine Streichung einiger IC-Verbindungen. Konkrete Pläne wurden jedoch noch



224 nicht vorgelegt. Ein Ausbau des Schienenverkehrs ist weiterhin in Planung, aber die
225 Umsetzung lässt zu wünschen übrig.

226 Unter diesen Umständen ist ein Rückgang von der Nutzung des Schienenverkehrs nicht
227 verwunderlich - Bahnfahren wird nicht nur teurer, sondern auch eine pünktliche Ankunft und
228 das Bestehen von Zugverbindungen ist unsicher.

229 **Milliardenverluste bei der Deutschen Bahn - jetzt Stellenstreichungen?**

230 In den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 kam es zu Verlusten von 1,2 Milliarden Euro.
231 Gründe? Streiks, Extremwetter, Baustellen und eine schwächelnde Nachfrage, sagt die
232 Deutsche Bahn. Lösung? Stellenstreichungen. Außerdem sollen in den kommenden Jahren
233 rund 30.000 Vollzeitstellen entfallen, was fast 10% der Mitarbeitenden der Deutschen Bahn
234 sind. Ganz nach dem Motto „mehr Bahn mit weniger Menschen“.

235 Das Ziel: Durch Digitalisierung und Automatisierung sollen etwa administrative Aufgaben von
236 weniger Beschäftigten ausgeführt werden können und die Effizienz gesteigert werden.

237 Allerdings bedeuten diese Streichungen für zahlreiche Menschen auch mögliche
238 Arbeitslosigkeit. Wir kritisieren die prekäre Lage für die Beschäftigten der Deutschen Bahn,
239 aber auch die Umstände, unter denen Menschen in ganz Deutschland Bahn fahren

240 **Deshalb fordern wir:**

- 241 • günstigere Ticketpreise, statt eine weitere Preiserhöhung; das Deutschlandticket muss
242 günstiger werden!
- 243 • mehr Investitionen in die Bahn, sowohl durch Schuldenaufnahme als auch durch
244 Prioritäten im Verkehrshaushalt
- 245 • Schluss mit dem Ausnutzen des Dienstwagenprivilegs für Luxusautos
- 246 • ein schneller, nachhaltiger Ausbau des Schienenverkehrs
- 247 • die Sicherung der beruflichen Situation von Beschäftigten der Deutschen Bahn



248 **A4 Gegen die Sprachlosigkeit: Antisemitismus bekämpfen,**
249 **jüdisches Leben schützen, Leid anerkennen und Räume des**
250 **Austauschs schaffen**

251 **Antragsteller: Liam Kajin Demmke**

252 Am 7. Oktober 2023 griff die Hamas Israel mit dem größten Pogrom auf Jüd*innen seit der
253 Shoah an. Seitdem ist die Zahl antisemitischer Vorfälle weltweit immens gestiegen, auch in
254 Deutschland. Antisemitische Verschwörungsfantasien erleben ein erneutes gesellschaftliches
255 Hoch. Dabei wird häufig vergessen: Antisemitismus war nie verschwunden. Er tritt immer
256 wieder besonders in Erscheinung, wenn Gesellschaften Veränderung und Verunsicherung
257 spüren und dient als Motiv der Gegenreaktion auf die Moderne. Wann immer Menschen
258 einfache Lösungen auf gesellschaftliche Probleme suchen, sorgen tief verinnerlichte
259 antisemitische Einstellungen für eben diese einfachen Antworten, indem antisemitische
260 Narrative bedient werden. Es ist ein Motiv, das gerade deshalb so gefährlich ist, weil es in
261 bürgerlichen, religiösen, linken und rechten Kreisen geteilt wird.

262

263 Insbesondere Hochschulen standen in den vergangenen Monaten im Mittelpunkt, wenn es um
264 Antisemitismus ging. Auch in Münster gab es Veranstaltungen und Aktionen von Gruppen, die
265 gezielt antisemitische Narrative in den akademischen und wissenschaftlichen Diskurs
266 brachten. Diese Gruppen nutzen antisemitische Stereotype und übertragen sie auf Israel, um
267 den Staat an sich zu dämonisieren, auch mit Forderungen nach der Auslöschung des einzigen
268 Schutzraums jüdischen Lebens. Dazu kommen vermehrt verbale und körperliche Angriffe auf
269 Jüd*innen.

270

271 *Antisemitische Symbole unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit*

272 Bei der sogenannten *Langen Nacht der Bildung* der Fachschaften Politikwissenschaft und
273 Soziologie der Universität Münster wurden vom AStA mehrere antisemitische Aussagen
274 dokumentiert. Darüber hinaus tauchten in den vergangenen Wochen vermehrt Sticker in
275 Münster auf, die Israel als Kindermörder dämonisieren, was einem klassischen
276 antisemitischen Stereotyp entspricht. In anderen Städten markierten Gruppen Räume mit dem
277 umgedrehten Dreieck, das ein Symbol der Hamas zur Markierung ihrer Gegner ist und schon
278 im Nationalsozialismus für die Markierung der todgeweihten Insassen der Konzentrationslager
279 genutzt wurde. In den vergangenen Monaten wurde es immer wieder auf die Wände



280 israelischer Restaurants, an die Büros von Antisemitismusforscher*innen oder Politiker*innen
281 gesprüht.

282 Solche und viele weitere Vorfälle sorgen dafür, dass sich jüdische Studierende an
283 Hochschulen nicht mehr sicher fühlen. Teilweise trauen sich Jüd*innen nicht mehr in
284 Vorlesungen oder verstecken ihre jüdische Identität bewusst. Als Jusos nehmen wir es niemals
285 hin, dass sich jüdische Studierende und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, in
286 Münster bedroht fühlen. Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Menschen an den
287 Hochschulen ernst und sind laut, wenn es zu solchen verbalen und nonverbalen
288 Ausschreitungen kommt.

289

290 *Räume des Austauschs schaffen*

291 Gleichzeitig ist das menschliche Leid im Gaza-Krieg unermesslich, die Perspektive auf Frieden
292 im Nahen Osten scheint in weite Ferne gerückt und die Diskussion darüber noch weiter
293 verhärtet. Stimmen, die abwägen, Versöhnung und Zukunftsperspektiven schaffen, werden
294 noch seltener gehört. Unser Anspruch als Jusos muss es aber sein, dass wir dem großen Leid
295 der israelischen Geiseln, ihren Angehörigen, den Opfern und ihren Hinterbliebenen und den
296 unter dem Krieg leidenden Menschen in Gaza Raum geben. Nuancierte Positionen, die
297 Ambivalenzen, lange historische Entwicklungslinien und Emotionen anerkennen, werden im
298 Diskurs kaum beachtet. Das bedeutet, dass wir diese Räume auch gegen laute,
299 unversöhnliche Akteur*innen verteidigen müssen. Mit all dem geht es Gruppen wie *Palästina*
300 *Antikolonial* oder *Students For Palestine* nicht um eine Solidarität der unter dem Krieg
301 leidenden Zivilbevölkerung oder um den dringend notwendigen Dialog über eine friedliche
302 Koexistenz in Israel und Palästina. Vielmehr ist es unsere Pflicht, immer wieder darauf
303 hinzuweisen, dass einige dieser Gruppen aus Staaten wie Syrien oder dem Iran Mittel erhalten
304 und den konkreten politischen Interessen dieser Staaten folgen (mehr dazu u.a. hier:
305 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/samidoun-tarnung-fuer-terror-106121/>). Wir setzen
306 uns daher dafür ein, dass Gruppen, die Antisemitismus verbreiten, an der Uni und anderswo
307 keinen Platz bekommen.

308 Stattdessen wollen wir, dass es Räume gibt, um sich über Zukunftsperspektiven für Israelis
309 und Palästinenser*innen austauschen und verschiedene Perspektiven einbeziehen. Auch
310 müssen wir unsere antisemitismuskritische Arbeit weiterführen und uns aktiv mit lokalen und
311 überregionalen Akteur*innen vernetzen. Insbesondere die Jüdische Gemeinde, Studierenden-
312 und Hochschulgruppen, Antisemitismus-Meldestellen, Antisemitismusbeauftragte oder
313 Bildungsträger zählen dazu. Das kann im Rahmen gemeinsamer öffentlicher Veranstaltungen,
314 internen Vernetzungstreffen oder im Rahmen des Austauschs an kulturell bedeutenden Tagen



315 erfolgen. Die Kooperation sollte nicht nur kurzfristig erfolgen, sondern auf eine langfristige
316 Zusammenarbeit ausgerichtet sein. Nicht nur nach außen wollen wir sichtbar für ein sicheres
317 jüdisches Leben in Münster kämpfen, auch intern wollen wir für Empowerment von Jüd*innen
318 sorgen, indem wir ihnen einen sicheren Raum bieten.

319

320 *Verantwortung übernehmen, jeden Antisemitismus reflektieren und bekämpfen*

321 Der Austausch über Antisemitismus ist im Rahmen des wiederaufflammenden Nahostkonflikts
322 zu einer besonderen Herausforderung geworden, weil sich in der öffentlichen Debatte
323 besonders die lauten Stimmen zeigen. Anstatt einer Sprachlosigkeit und leiser Betroffenheit
324 wollen wir uns weiterbilden. Als Jusos erkennen wir dabei an, dass ganz unterschiedliche
325 Sozialisierungen Antisemitismus hervorbringen können. Die Antisemitismus-Arbeitsdefinition
326 der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) ist eine fundierte Grundlage für
327 unsere politische Positionierung, sie ist international und wissenschaftlich anerkannt.

328

329 Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass
330 gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder
331 Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen
332 jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

333

334 Als Erklärung schreibt die IHRA:

335 Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei
336 als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an
337 anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus
338 umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete
339 Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der
340 Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen,
341 er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

342

343 Mit diesem Antrag bekräftigen wir, dass die IHRA-Arbeitsdefinition unser Handeln leitet. Unser
344 Anspruch ist es weiterhin, auf den Antisemitismus anderer Gruppen und der Öffentlichkeit
345 gemäß dieser Arbeitsdefinition hinzuweisen. Wir übernehmen diese Verantwortung für diesen
346 gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus, auch wenn er ungemütlich ist, weil er
347 andere linke Gruppen betrifft. Dabei ist uns stets bewusst, dass wir aufgrund der deutschen



348 nationalsozialistischen Geschichte eine besondere Verantwortung tragen und setzen uns für
349 eine konsequente Aufarbeitung ein. Dabei stellen wir uns gegen rechte Narrative, die den
350 Fokus auf einen "importierten Antisemitismus" lenken wollen. Wir wollen alle Formen des
351 Antisemitismus klar benennen und bekämpfen.

352

353 Zusammengefasst:

- 354 • Raumnahme unterbinden: Wir stellen uns deutlich gegen die strategische Raumnahme
355 von Gruppen, die antisemitische Symbole und Narrative verbreiten.
- 356 • Jüd*innen schützen: Wir fordern ein Leben frei von Angst vor verbaler und nonverbaler
357 Gewalt für jüdische Menschen. Besonders an den Hochschulen Münsters.
- 358 • Perspektiven einbeziehen: Wir wollen jüdische Perspektiven in unserer Arbeit aktiv
359 empowern, indem wir ihnen einen sicheren Raum bieten
- 360 • Austausch verstärken: Wir wollen unseren eigenen Austausch mit der jüdischen
361 Gemeinde und den lokalen und überregionalen jüdischen Selbstorganisationen
362 vertiefen.
- 363 • Antisemitismus erkennen: Wir wollen mit unserer Bildungsarbeit die Facetten des
364 Antisemitismus immer wieder kennenlernen, um ihn aktiv bekämpfen zu können.
- 365 • Dialog pflegen: Wir setzen uns für einen Dialog ein, der das Leid der Israelis und
366 Palästinenser*innen mit dem Ziel einer friedlichen Koexistenz im Nahen Osten
367 einbezieht.



368 **A5 Für die Erhöhung des Taschengeldes für Kinder und Jugendliche**
369 **in Kinderheimen und ähnlichen Anstalten**

370 **Antragstellerin: Aysegül Paran**

371 Kinder und Jugendliche in Kinderheimen haben, wie alle anderen Kinder und Jugendlichen
372 auch, ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das derzeitige Taschengeld
373 reicht oft nicht aus, um ihnen die Möglichkeit zu geben, am sozialen und kulturellen Leben
374 teilzunehmen, kleine persönliche Wünsche zu erfüllen oder eigene finanzielle Verantwortung
375 zu erlernen. Die Situation ist prekär und dass, obwohl der Taschengeldsatz am 01.01.2024
376 erhöht wurde. Im Moment ist das so geregelt, dass die Höhe des Taschengeldes sich nach
377 dem Alter der Kinder richtet. Eine Tabelle mit den aktuellen Zahlen wurde angefügt.

378 Im Folgenden werden Gründe genannt, warum die Taschengelderhöhung eine enorm
379 wichtige Entscheidung ist:

380 Eine Erhöhung des Taschengeldes würde ihnen mehr finanzielle Freiheit und
381 Unabhängigkeit ermöglichen. Dies ist besonders wichtig für ihre persönliche Entwicklung und
382 das Erlernen eines verantwortungsvollen Umgangs mit Geld. Kinder in Heimen sollten die
383 gleichen Möglichkeiten haben wie die Kinder, die in Familien leben. Ein angemessenes
384 Taschengeld würde dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und die Integration in
385 die Gesellschaft zu fördern.

386 Des Weiteren sollten die Taschengeldbeträge jährlich an die Inflation angepasst werden, um
387 die Kaufkraft zu erhalten. Dies ist eine notwendige Maßnahme, um sicherzustellen, dass die
388 Kinder und Jugendlichen stets den gleichen finanziellen Spielraum haben.

389 Die Lebenshaltungskosten steigen kontinuierlich. Kinder und Jugendliche in Heimen haben
390 oft eingeschränkte Möglichkeiten, ihre eigenen finanziellen Mittel zu verwalten. Ein
391 angemessenes Taschengeld ist notwendig, um ihnen ein Stück Selbstständigkeit und
392 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

393 Zusätzlich sollten Kinderheime mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um
394 pädagogische und soziale Aktivitäten für die Kinder und Jugendlichen zu fördern. Dies trägt
395 zu ihrer ganzheitlichen Entwicklung bei und stärkt ihre sozialen Kompetenzen.

396 Abschließend fordern wir ein transparentes und regelmäßiges Verfahren zur Überprüfung
397 und Anpassung der Taschengeldbeträge, um sicherzustellen, dass diese stets den aktuellen
398 Bedürfnissen und Lebenshaltungskosten entsprechen.



399 Forderung:

400 Das Taschengeld der Kinder und Jugendlichen muss erhöht werden. Es muss jährliche
401 Anpassungen des Taschengeldes an die Inflation geben. Zudem müssen
402 zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um pädagogische und soziale
403 Aktivitäten zu ermöglichen. Außerdem muss es eine Einführung eines transparenten
404 Verfahrens zur regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Taschengeldbeträge in
405 Kinderheimen geben.

406 Anhang:

407 Die folgende Übersicht zeigt die finanziellen Beträge, die für verschiedene Altersstufen in NRW
408 vorgesehen sind:

- 409 • **Stufe 1:** Vom Beginn des 5. Lebensjahres bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (4
410 und 5 Jahre) beträgt der Betrag **7,30 Euro**.
- 411 • **Stufe 2:** Im 7. Lebensjahr (6 Jahre) erhält man **13,70 Euro**.
- 412 • **Stufe 3:** Im 8. Lebensjahr (7 Jahre) beträgt der Betrag **20,30 Euro**.
- 413 • **Stufe 4:** Im 9. Lebensjahr (8 Jahre) erhält man **27,60 Euro**.
- 414 • **Stufe 5:** Vom Beginn des 10. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres (9 und 10
415 Jahre) beträgt der Betrag **34,10 Euro**.
- 416 • **Stufe 6:** Im 12. Lebensjahr (11 Jahre) erhält man **40,90 Euro**.
- 417 • **Stufe 7:** Im 13. Lebensjahr (12 Jahre) beträgt der Betrag **47,90 Euro**.
- 418 • **Stufe 8:** Im 14. Lebensjahr (13 Jahre) erhält man **54,60 Euro**.
- 419 • **Stufe 9:** Im 15. Lebensjahr (14 Jahre) beträgt der Betrag **72,60 Euro**.
- 420 • **Stufe 10:** Im 16. Lebensjahr (15 Jahre) erhält man **79,60 Euro**.
- 421 • **Stufe 11:** Im 17. Lebensjahr (16 Jahre) beträgt der Betrag **94,50 Euro**.
- 422 • **Stufe 12:** Im 18. Lebensjahr (17 Jahre) erhält man schließlich **101,40 Euro**.

423

424 Diese Beträge spiegeln die finanzielle Unterstützung wider, die in den jeweiligen Altersstufen
425 bereitgestellt wird. (siehe: [RS Nr. 34/2023: Anpassung der Barbeträge \(Taschengeld\) nach §](#)
426 [39 Abs. 2 SGB VIII - LWL | Neues - LWL-Landesjugendamt](#))



427 **A6 Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der** 428 **Jugend**

429 **Antragsstellerin: Lucy Eggert**

430 Pistorius stellte im Juni 2024 ein neues Wehrdienstmodell vor. Geplant ist, dass künftig alle
431 wehrfähigen Männer und Frauen einen Fragebogen zu ihrer Haltung zur Bundeswehr
432 zugesandt bekommen. Nur die angeschriebenen Männer müssen diesen Fragebogen
433 verpflichtend beantworten und sich im Falle einer Einladung auch einer Musterung stellen. Das
434 Ableisten des neuen sechsmonatigen Grundwehrdienstes ist den Plänen zufolge zunächst
435 freiwillig. Mit dem Wiederaufbau der vor 13 Jahren ausgesetzten Erfassung von Wehrfähigen
436 macht Pistorius einen ersten Schritt in Richtung einer möglichen Wiedereinführung der
437 Wehrpflicht. Bei der Vorstellung seiner Pläne betonte der Minister wiederholt, dass mittelfristig
438 eine Regelung vorgesehen ist, die es erlaubt, junge Menschen auch gegen ihren Willen
439 einzuziehen. Mit seinen Überlegungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stößt Pistorius
440 keine neue Debatte an. Bereits seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die einer
441 Abschaffung von Wehr- und Zivildienst gleichkam, plädieren diverse Politiker*innen für ihre
442 Rückkehr. Die Diskussion beschränkt sich dabei nicht nur auf den Dienst bei der Bundeswehr,
443 sondern umfasst auch Überlegungen zur Einführung eines sozialen Pflichtjahres. Viele
444 Befürworter*innen argumentieren, dass eine allgemeine Dienstpflicht zur Stärkung der
445 Bundeswehr, des Katastrophenschutzes und Rettungsdiensten beitragen sowie soziale
446 Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen unterstützen könnte. Erst im Sommer 2022
447 entfachte Bundespräsident Steinmeier mit seiner Forderung nach einer „sozialen Pflichtzeit“
448 eine breite Diskussion und auch die CDU setzt sich jetzt sogar in ihrem neuen
449 Grundsatzprogramm für ein „Deutschland-Jahr“ ein, das sowohl militärische als auch zivile
450 Dienste umfassen würde. Klar ist, dass weder das vorgeschlagene Wehrdienstmodell noch
451 eine allgemeine Wehrpflicht strukturelle Probleme wie den Fachkräftemangel, die mangelhafte
452 Modernisierung sowie die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr lösen können.
453 Wieder einmal wird die Verantwortung für politische Versäumnisse auf die Schultern junger
454 Menschen abgewälzt.

455

456 **Eine Dienstpflicht löst den Fachkräftemangel nicht**

457 Angesichts des gravierenden Personalmangels in verschiedenen Bereichen sehen viele
458 Befürworter*innen die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen als wichtige
459 Maßnahme, um personelle Engpässe auszugleichen. Dies betrifft nicht nur die Bundeswehr,
460 sondern auch Bereiche wie das Gesundheitswesen, die ebenfalls unter akutem



461 Personalmangel leiden. Dabei kann der Mangel sowohl im Gesundheitssystem als auch in der
462 Bundeswehr nicht durch Schulabgänger*innen gelöst werden, da es sich in beiden Bereichen
463 vor allem um einen Mangel an hochqualifizierten Fachkräften handelt. In der Bundeswehr
464 herrscht insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen ein Mangel an Fachkräften. Dazu
465 zählen unter anderem Ingenieur*innen, Spezialist*innen für die Reparatur von
466 Kampfhubschraubern sowie IT-Fachkräfte, die Computernetzwerke betreuen und moderne
467 Fernmeldetechnik warten können. Im Bereich der Cyberabwehr sind besonders hohe
468 Spezialisierungen erforderlich. Aufgrund der Komplexität moderner Ausrüstungen und
469 Waffensysteme sind Wehrpflichtige nicht ausreichend qualifiziert, um den Personalmangel in
470 der Bundeswehr auszugleichen. Wer behauptet, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht
471 die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken könnte, lenkt von den eigentlichen Problemen
472 ab. Darüber hinaus müssten für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht die
473 Ausbildungsstrukturen völlig neu aufgebaut werden. Um wieder große Gruppen von
474 Wehrdienstleistenden auszubilden, müssten komplett neue organisatorische
475 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kasernen müssten neu gebaut oder erweitert,
476 zusätzliche Ausbilder*innen eingestellt und große Mengen militärischer Ausrüstung beschafft
477 werden. Der Aufwand und die finanziellen Mittel, die mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen
478 verbunden wären, stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Eine Wehrpflicht für wenige kann
479 hingegen im Sinne der Wehrgerechtigkeit keine Alternative darstellen. Die Entscheidung
480 darüber, wer ein halbes Jahr für die Bundeswehr dienen muss, sollte nicht dem Zufall oder
481 einer Losentscheidung überlassen werden.

482

483 **Deshalb fordern wir:**

- 484 • Rücknahme des vorgeschlagenen Wehrdienstmodells
- 485 • Spezifische Maßnahmen zur Anwerbung und Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte,
486 insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen wie IT, Cyberabwehr, und Technik

487

488 **Bessere Arbeitsbedingungen für eine stärkere Bundeswehr**

489 Wie bereits dargestellt hat die Bundeswehr einen erheblichen Fachkräftemangel. Besonders
490 Berufe wie Techniker*innen und Ingenieur*innen sind schwer zu besetzen, da die Industrie
491 häufig attraktivere Arbeitsbedingungen bietet. Dort finden Fachkräfte nicht nur bessere
492 Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, sondern auch allgemein bessere Arbeitsbedingungen.
493 Insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei
494 Kinderbetreuungsstrukturen kann die Bundeswehr nicht mithalten. Dies ist besonders
495 nachteilig für Frauen, da sie häufig stärker von der Notwendigkeit flexibler Arbeitszeiten und
496 einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie betroffen sind. Viele Soldat*innen beklagen



497 zudem Überstunden, die sich über mehrere Wochen summieren. Solche belastenden
498 Arbeitsbedingungen führen dazu, dass zahlreiche Soldat*innen vorzeitig aus dem Dienst
499 ausscheiden. Zudem haben sich die Wege zu den Arbeitsorten der Bundeswehr erheblich
500 verlängert. In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele Kasernen geschlossen, wodurch
501 die Bundeswehrstandorte oft weit von den Wohnorten der Soldat*innen entfernt liegen. Viele
502 von ihnen müssen jedes Wochenende hunderte Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu
503 gelangen. Auch bestehen trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiterhin
504 Probleme bei der Bundeswehr in Bezug auf Material und Finanzen. Viele
505 Bundeswehrkasernen sind in schlechtem Zustand, haben häufig nicht einmal funktionierendes
506 WLAN, und ein großer Teil der Ausrüstung ist defekt.

507 **Daher fordern wir:**

- 508 • Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsmodelle
- 509 • Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einschließlich besserer
510 Kinderbetreuungsstrukturen
- 511 • Investitionen in die Renovierung und den Ausbau von Kasernen
- 512 • Bessere Ausrüstung für Soldat*innen

513

514 **Rechtsextremismus bekämpfen und demokratische Werte stärken**

515 Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist, dass sie die
516 Bundeswehr repräsentativer aufstellen und weniger anfällig für verfassungsfeindliche
517 Bestrebungen machen würde. Diese Annahme ist nicht grundsätzlich falsch. Tatsächlich
518 sprechen die hierarchischen Strukturen der Bundeswehr, das Konzept der "Kameradschaft"
519 und das Militärische im Allgemeinen eher autoritär oder extremistisch denkende Menschen an.
520 Wer jedoch die Wehrpflicht als alleinige Lösung betrachtet, verkennt die tatsächliche Lage. Zu
521 lange wurden innerhalb der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums
522 strukturelle Probleme als "Einzelfälle" abgetan, und notwendige Reformen wurden
523 aufgeschoben. Erst nach einer Vielzahl von "Einzelfällen" und dem Verschwinden erheblicher
524 Munitionsmengen wächst die Sensibilität für dieses Thema innerhalb der Bundeswehr, was
525 sich beispielsweise an der verstärkten Nutzung von Meldestellen zeigt. Neben der inneren
526 Verantwortung der Bundeswehr, keinen Raum für Rechtsextremismus zu lassen, stellt sich
527 auch die Frage nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Rolle. Gerade der russische Angriffskrieg
528 gegen die Ukraine hat die Bedeutung des Militärs als Verteidiger der Demokratie wieder
529 stärker in den Fokus gerückt. Wünschenswert wäre, dass das von der Zeitenwende
530 ausgehende Umdenken dazu führt, dass die Bundeswehr nicht durch eine Faszination für
531 Waffen, Kameradschaft und übertriebenen Nationalismus attraktiv wird, sondern weil sie
532 essentiell ist, um demokratische Staaten und ein friedliches Europa vor autoritären Kräften zu



533 verteidigen. Das kann die Bundeswehr jedoch nur leisten, wenn sie auch intern vor diesen
534 Kräften geschützt ist. Das Bild einer die Demokratie und Freiheit schützenden Bundeswehr
535 muss sie deshalb auch nach außen transportieren und bei der Rekrutierung leben.

536 Wir fordern daher:

- 537 • Ausweitung der bereits verpflichtenden Schulungen zu demokratischen Werten und
538 Anti-Extremismus auf alle Dienstgrade und Einsatzgebiete. Dabei sollten auch
539 regelmäßige Auffrischkurse eingeführt werden
- 540 • Ausbau der anonymen Meldesysteme, um eine noch niedrigschwelligere und sicherere
541 Möglichkeit für Meldungen zu bieten
- 542 • Förderung der Bekanntheit dieser Meldesysteme innerhalb der Bundeswehr durch
543 Informationskampagnen
- 544 • Überarbeitung der Rekrutierungsverfahren, um sicherzustellen, dass Bewerber*innen
545 gründlich auf rechtsextremistische Neigungen überprüft werden
- 546 • Umfassendere Untersuchung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Vorfälle
547 innerhalb der Bundeswehr

548

549 **Freiwilliges Engagement statt Zwangsdienst**

550 Soziales Engagement ist zweifellos bereichernd und kann sowohl den gesellschaftlichen
551 Zusammenhalt als auch die Demokratie stärken. Dies kann jedoch nicht durch Zwang erreicht
552 werden. Abgesehen davon, dass ein soziales Pflichtjahr gemäß der Verfassung als
553 Zwangsdienst verboten ist und nur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht werden
554 könnte, würde ein verpflichtendes soziales Jahr einen tiefen Einschnitt in die persönliche
555 Freiheit und Lebensplanung junger Menschen darstellen. Freiwilliges Engagement motiviert
556 durch persönliche Überzeugung und das Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung
557 trägt wesentlich mehr zur Förderung des Gemeinwohls bei. Junge Menschen, die sich aus
558 eigenem Antrieb sozial engagieren, entwickeln ein nachhaltiges Verständnis für soziale
559 Belange und tragen langfristig zu einer solidarischeren und demokratischeren Gesellschaft
560 bei. Ein erzwungenes soziales Pflichtjahr hingegen könnte zu Widerstand und Ablehnung
561 führen, wodurch der eigentliche Zweck des Engagements – nämlich die Stärkung des
562 Gemeinschaftsgefühls und der demokratischen Werte – konterkariert würde. Zudem ist Zwang
563 gar nicht nötig, um junge Menschen davon zu überzeugen, sich zu engagieren, denn sie
564 bringen sich weit mehr ein als andere Altersgruppen. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum
565 zeigte, dass zwei Drittel der jungen Menschen ehrenamtlich aktiv sind. Jedes Jahr gibt es mehr
566 Bewerber*innen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den Bundesfreiwilligendienst, als
567 angenommen werden können. Es braucht also keinen Zwang, sondern vor allem eine
568 Erweiterung des Angebots an Freiwilligendiensten. Dies ist besonders relevant, da erst dieses



569 Jahr die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt wurden, was zu einem großen Aufschrei von
570 Freiwilligendienstveranstaltern führte und sogar eine Petition nach sich zog. Eine bessere
571 finanzielle Ausstattung und Unterstützung dieser Programme wäre ein sinnvoller Schritt, um
572 das freiwillige Engagement junger Menschen zu fördern und den gesellschaftlichen
573 Zusammenhalt zu stärken. Auch sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie
574 Freiwilligendienste attraktiver gemacht werden können, bevor über die Einführung eines
575 Pflichtjahrs gesprochen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei finanzielle Aspekte. Die
576 derzeitigen rund 400 Euro pro Monat sind unzureichend für die Finanzierung eines Dienstes,
577 insbesondere da in der Regel weder Unterkunft noch Fahrtkosten übernommen werden. Das
578 führt dazu, dass sich viele junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen ein FSJ
579 entscheiden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung wäre ein entscheidender Schritt,
580 um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation die
581 Möglichkeit haben, sich zu engagieren. Nur so kann die Teilnahme an Freiwilligendiensten
582 wirklich attraktiv und zugänglich gemacht werden.

583

584 **Wir fordern daher:**

- 585 • Ausbau der Kapazitäten für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den
586 Bundesfreiwilligendienst (BFD)
- 587 • Anhebung der monatlichen Vergütung für Freiwilligendienste auf den Mindestlohn
- 588 • Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Organisationen die
589 Freiwilligendienste durchführen
- 590 • Vertragliche Sicherstellung, dass Freiwilligendienstleistende keine Aufgaben von
591 Fachkräften übernehmen müssen, für die sie nicht qualifiziert und/oder nicht
592 ausreichend bezahlt sind
- 593 • Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anerkennung von Freiwilligendiensten
594 durch Zertifikate und Vorteile bei der Bewerbung um Ausbildungs- und Studienplätze
- 595 • Ausbau der Informationsangebote über Freiwilligendienste, z.B. an Schulen



596 **A7 Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort**
597 **beenden!**

598 **Antragsstellerin: Antonia Miersch**

599 Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaften in Deutschland gab es für Einreisende
600 Grenzkontrollen. Nun bezeichnen Politiker*innen die Grenzkontrollen als vollen Erfolg als
601 Mittel gegen illegale Migration und Forderungen aus vielen Ecken werden laut, diese
602 beizubehalten. Das diese Debatte nicht nur rassistisch, sondern auch kein sinnvolles Mittel ist,
603 ist für uns Jusos klar!

604 Die Debatte, von unter anderem auch SPD, Grenzkontrollen jetzt als wirksames Mittel
605 einsetzen zu wollen, ist rein populistisch motiviert um im rechten Spektrum Wähler*innen
606 abzufischen. Das alles passiert unter dem Deckmantel von Sicherheitsbedenken. Wer
607 ernsthaft denkt, durch Grenzkontrollen zu Deutschland illegale Migration bekämpfen zu
608 können, verrät entweder nur sein eigenes Unverständnis von globaler Politik oder zeigt seine
609 rassistische Weltanschauung. Denn klar ist, die Migration an sich und vor allem
610 Fluchtursachen werden durch Grenzkontrollen nicht bekämpft. Wenn ein Mensch flüchtet, wird
611 damit ein eh schon hohes Sicherheitsrisiko in Kauf genommen. Die Entscheidung, in die EU
612 zu flüchten, ist also schon gefallen. Durch Grenzkontrollen wird sich diese Entscheidung dann
613 auch nicht mehr ändern lassen. Was allerdings passiert, ist das man die Gefahr für Geflüchtete
614 auf ihrer Fluchtroute verstärkt. Denn wenn bekannt ist, das an den Grenzen zu Deutschland
615 kontrolliert wird, erhöht man damit die Gefahr, dass Geflüchtete sich an Schmuggler*innen und
616 Schleuser*innen wenden, um auf unscheinbarerer, womöglich sehr gefährlichen Routen nach
617 Deutschland zu kommen.

618 Auch bedient die Forderung nach Kontrollen an den deutschen Außengrenzen den Mythos der
619 Push- und Pull-Faktoren. Bei der migrationswissenschaftlich schon lange widerlegten
620 „Theorie“ handelt es sich um die Annahme, dass bestimmte Faktoren Menschen überhaupt
621 erst dazu veranlassen würde zu flüchten. Klar ist aber, der Grund für Flucht aus dem eigenen
622 Land ist immer eine Bedrohungssituation vor Ort. Trotzdem lässt sich zunehmend beobachten,
623 dass Asyl- und Migrationspolitik sich an diesem Mythos orientiert. Als aktuelle Beispiele lassen
624 sich dafür der Ruanda-Deal in Großbritannien oder auch die Einführung der Bezahlkarte in
625 Deutschland nennen. Und so ist auch die Analyse, Grenzkontrollen in Deutschland würden
626 Migration verhindern, schlichtweg falsch.

627 Die aktuelle Debatte zeigt noch einmal mehr, dass sich auf rechte Hetze eingelassen wird,
628 statt tatsächlich wirksame Asyl- und Migrationspolitik umzusetzen. Wir als Jusos fordern schon



629 lange eine humane Politik, die unter anderem sicher Fluchtrouten und eine feministische
630 Außenpolitik verlangt.

631 Verstärkt wird das Ganze zusätzlich, wenn man einen kurzen Blick auf die EU-rechtliche Lage
632 wirft. Der Schengen-Kodex – wie das EU-Recht heißt, welches die Grenzkontrollen regelt –
633 besagt, dass EU-Staaten Grenzkontrollen mit einer Maximaldauer von bis zu drei Jahren
634 einführen dürfen. Bedingung dafür ist, dass "Die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit
635 ernsthaft bedroht" muss. Angebliche Gefahren durch Migration werden dabei immer wieder
636 als Begründung geliefert, wie zum Beispiel auch in Österreich. Hier werden die
637 Grenzkontrollen mit dieser Begründung seit mehreren Jahren immer wieder verlängert, und
638 dass obwohl zwischenzeitlich der EuGH eingeschaltet wurde. Der allgemein herrschende
639 Rassismus zeigt sich also auch darin, dass Migration als ernsthafte Gefahr für die innere
640 Sicherheit gewertet wird, sodass Grenzkontrollen fortlaufend genehmigt werden.

641
642 Aber nicht nur beim Thema Asyl- und Migration wirken Grenzkontrollen innerhalb der EU
643 destruktiv. Vorrübergehende Grenzkontrollen führten in der Vergangenheit zu übermäßigen
644 Staus, was vor allem Pendler*innen und den Handel eingeschränkt hat. Grenzkontrollen haben
645 also auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Und auch realistisch betrachtet ist die
646 Umsetzung der Kontrollen nur schwierig personell zu stemmen, wie beispielsweise die
647 Gewerkschaft der Polizei anmerkt.

648 Die Debatte über die Grenzkontrollen ist noch in einer weiteren Hinsicht mehr als fragwürdig.
649 Wenn man junge Menschen im EU-Wahlkampf gefragt hat, was sie mit der EU verbinden,
650 dann war eine der häufigsten Antworten: Reisefreiheit.

651 Auch während des Wahlkampfes wurde von Politiker*innen immer wieder die Reisefreiheit als
652 größte Errungenschaft der EU genannt. Es ist hämisch, dies nur wenige Wochen nach der
653 Europawahl nun wieder in Frage zu stellen.

654
655 **Deshalb fordern wir:**

- 656 • Keine Grenzkontrollen, sowohl an der deutschen Grenze als auch im Rest der EU
- 657 • Scheindebatten um die Grenzkontrollen beenden
- 658 • Das Respektieren des geltenden EU-Rechts ohne das Suchen von Schlupflöchern
- 659 • Die vollständige Erhaltung von Reisefreiheit innerhalb der EU
- 660 • Sichere Fluchtrouten und eine humane Asyl- und Migrationspolitik, die sich nicht am
661 Push- und Pull-Mythos orientiert

662